PB.Z-01-375-2

Kapitel 5: Zusammen leben

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

46. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
11. - 13. Juni 2021

Antragsteller*in:	BAG Digitales und Medien
Beschlussdatum:	14.04.2021

Änderungsantrag zu PB.Z-01

Nach Zeile 375 einfügen:

Für eine freie und vielfältige Medienlandschaft

Auch die digitalisierte Gesellschaft braucht Qualität und Vielfalt der Medien auf lokaler Ebene. Damit dem Wandel des Marktes und den damit einhergehenden massiven Konzentrationsprozessen begegnet werden kann, brauchen lokale Medien eine mit den Ländern abgestimmte, staatsfern organisierte Förderung sowie effektive Vorkehrungen gegen Meinungsmacht durch Medienkonzentration. Wir wollen die Wiedereinsetzung und Verstetigung der Bund-Länder-Kommission zur Medienkonvergenz als Instrument zur Gewährleistung einer kohärenten und widerspruchsfreien Medienpolitik und zur Abstimmung von Positionen im Hinblick auf medienrelevante europäische Gesetzgebung (Wettbewerbsrecht, MStV, NetzDG, Jugendmedienschutz, DSA etc.).
Um Qualitätsjournalismus zu stärken und zu schützen müssen wir die sozialen, wirtschaftlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen für Journalist*innen substantiell und nachhaltig verbessern und Diversität in den Redaktionen fördern.
Digitale (Medien-)Plattformen und Online-Werbenetzwerke sollen durch Abgaben direkt an den Kosten der Förderung von freiem Qualitätsjournalismus beteiligt und für die Künstlersozialkasse beitragspflichtig werden. Die Mitgliedschaft in der Künstlersozialkasse samt Altersversorgung werden wir dadurch für Journalist*innen attraktiver gestalten. Wir wollen Journalist*innen, Publizist*innen, Whistleblower*innen und ihre Unterstützer*innen juristisch besser absichern und stärken hierfür Quellenschutz, Gewaltschutz und Auskunftsansprüche. Die Strafbarkeit der Datenhehlerei werden wir aufheben. Strukturellen Ungleichgewichten in rechtlichen Streitigkeiten werden wir entgegenwirken. Wir bekennen uns zu klassischen, faktenbasierten und barrierefreien Informationsformaten. Pseudo-Newsrooms und die Vermischung von Information und Öffentlichkeitsarbeit auf und mittels Social-Media-Plattformen lehnen wir ab.

Begründung

Der Antrag basiert auf der Zusammenarbeit mit den MdB Rößner und Stumpp und dem von der BAG DigiMe initial eingereichten Projekt zu diesem Thema.

Das Thema ist zu wichtig, um es in Nebensätzen in einem ÖRR-Antrag abzufrühstücken. Keine Demokratie oder intakten gesellschaftlichen Diskurs, kein intakter gesellschaftlicher Diskurs ohne Qualitätsjournalismus. Kein Qualitätsjournalismus ohne wirtschaftliche und rechtliche Absicherung von Journalist*innen.

Kein Journalismus ohne Journalist*innen. Und gerade diese sind vielfältigen Bedrohungen ausgesetzt: Gewalt auf Demonstrationen, rechtliche Fallstricke wie die Datenhehlerei, die modernen investigativen Datenjournalismus, etwa eine Auswertung der Panama-Papers, rechtlich riskant

machen. Wir wollen prüfen, wie wir juristische Waffengleichheit fördern können, wenn kleine Redaktionen gegen teure Anwaltskanzleien in den Ring steigen.

Am gravierendsten sind jedoch die wirtschaftlichen Probleme der Branche, gerade im Lokaljournalismus. Der Grund hierfür liegt nicht nur in veränderten Konsumgewohnheiten und einer verfehlten Förderpolitik, die sich auf Verlage und Printmedien fokussiert. Ein wesentlicher Grund ist der Abfluss der Werbeeinnahmen in den digitalen Raum - zu Werbenetzwerken, zu Facebook und Google. Dies fängt der Antrag durch das Ziel einer zweckgebundenen Abgabenpflicht auf. Auch der Marktkonzentration ist wie beschrieben entgegenzuwirken. Indem wir uns zu klassischen Medienformaten (Pressekonferenzen, Interviews) erhalten wir die Rahmenbedingungen, in denen guter Journalismus gedeihen kann.

Die individuelle Journalist*in ist sozial und wirtschaftlich besser abzusichern, gerade im Alter. Deshalb muss die Künstlersozialkasse wie vorgeschlagen gestärkt werden.

Last but not least fordern wir auch mehr Vielfalt in den Redaktionen.